



Alfons Weichenrieder

Energiewende, Butterberge und das Kiwi-in-Grönland Problem

Policy Letter No. 20

Center of Excellence SAFE Sustainable Architecture for Finance in Europe

A cooperation of the Center for Financial Studies and Goethe University Frankfurt

House of Finance | Goethe University
Grüneburgplatz 1 | D-60323 Frankfurt am Main

Tel. +49 (0)69 798 33684 | Fax +49 (0)69 798 33910
policycenter@safe.uni-frankfurt.de | www.safe-frankfurt.de

Gekürzte Fassungen dieses Policy Letter erschienen im Kölner Stadtanzeiger und in der Frankfurter Rundschau.

SAFE Policy papers represent the authors' personal opinions and do not necessarily reflect the views of the Center of Excellence SAFE or its staff.

Energiewende, Butterberge und das Kiwi-in-Grönland-Problem¹

Alfons Weichenrieder

Februar 2014

Stellen Sie sich vor, sie wollen Kiwi kaufen. Sie gehen in den Supermarkt und sehen zwei verschiedene Produkte zur Auswahl. Die Kiwi in Kiste 1 sind zu ihrer Verwunderung dreimal so teuer wie die in Kiste 2 und das nicht, weil sie besonders ökologisch angebaut werden, sondern weil sie in Grönland gewachsen sind, wo es wegen des kälteren Klimas eben viel teurer ist Kiwi zu ernten als in Neuseeland. Hätten Sie Mitleid und würden die Grönländer Bauern unterstützen? Wohl kaum. Schon gar nicht würde es die oft zum Leitfaden der Politik erkorene schwäbische Hausfrau tun.

Was im Supermarkt unwahrscheinlich ist, ist leider im Strommarkt die Norm. Da wird auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) jährlich mit Milliardensummen subventioniert und oft das bevorzugt, was besonders viel kostet. Solarenergie bekam in der Vergangenheit besonders viel zwangsumverteiltes Geld. Klar, Deutschland ist zwar nicht Grönland, aber Sonne ist trotzdem selten. Damit wir uns die Dächer mit Sonnenkollektoren zupflastern, braucht es natürlich besonders viel Geld aus der Umlage. Und bei Windparks auf See wird sogar berücksichtigt, wie tief das Wasser ist. Die Energiewende kostet nicht nur viel, sie kostet auch zu viel. Wenn man schon subventionieren will, so sollte als Grundprinzip gelten, den regenerativen Strom da zu beziehen, wo er am billigsten ist, nicht da, wo es am schwierigsten ist, ihn zu erzeugen.

Noch nachzuvollziehen wäre das Argument, Energiequellen zu bevorzugen, die besonders zuverlässig zur Verfügung stehen und die Landschaft nicht beeinträchtigen, aber davon ist im derzeitigen EEG nicht die Rede. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat jedenfalls im Grundsatz recht: Eine Reform des EEG tut not und die Sache drängt. Nur wie soll die Reform genau aussehen?

Das Argument, dass der Preis bei ungünstigen Produktionsbedingungen höher sein darf, ist auch beliebt bei Ratschlägen dazu, wie man die Kostenexplosion des Ökostroms in den Griff bekommen soll. Vorgeschlagen wurde da vor Kurzem, die Windkraft dort zu kürzen, wo sowieso sehr viel Wind blase. Die Kiwi-in-Grönland-Logik lässt grüßen.

¹ Der Autor ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Goethe Universität Frankfurt. Gekürzte Fassungen dieses Policy Letters erschienen im Kölner Stadtanzeiger und in der Frankfurter Rundschau.

Aber es gibt nicht nur das Kiwi-in Grönland-Problem, wir haben es auch noch mit einem Butterberg-Problem zu tun. Insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat es die EU gemacht wie das EEG. Die EU hat einen Mindestabnahmepreis ausgerufen und jeder Produzent, der zu diesem Preis Milch oder Butter verkaufen wollte, konnte sicher sein, seine gesamte Produktion zu diesem Preis verkaufen zu können. Was dabei herauskam, waren die Butterberge und Milchseen, die erst kostspielig eingelagert wurden und dann entweder vor dem Verderb billig an die ehemalige Sowjetunion und andere Länder verkauft oder auf Kosten des europäischen Steuerzahlers vernichtet wurden. Mit der Windenergie ist es ganz ähnlich. An manchen Tagen bläst der Wind so stark, dass der Strompreis an den Börsen negativ wird. Dann bezahlen wir unsere Nachbarländer dafür, dass sie uns den überflüssigen Strom abnehmen. Auch wenn industriepolitische Landesinteressen dem entgegenstehen mögen, so dass Ministerpräsident Torsten Albig dies nicht sehen will: Es ist volkswirtschaftlich unsinnig, Strom zu produzieren, der einen negativen Marktpreis hat. Es ist volkswirtschaftlich sinnvoll, die Einspeisevergütung zu kappen.

Das ursprüngliche Ziel des EEG war die Verringerung der Emissionen. Eigentlich hat die Politik ein Instrument an der Hand, das dieses Ziel fokussiert und kostensparend erreichen kann: den Handel mit CO₂-Zertifikaten. Er ist bereits implementiert und steht der EU zur Verfügung, um die Menge des gesamteuropäischen CO₂-Ausstoßes in den integrierten Industrien direkt zu regeln. Den Unternehmen und der Stromindustrie wird nicht vorgeschrieben, wie sie dies tun sollen. Sie haben daher einen Anreiz dies mit den geringsten Kosten zu tun. Das kann im Einzelfall der Einsatz von Windenergie sein, aber auch die Investitionen in Dämmung und neue energiesparende Produktionsweisen.

Auch wenn es zahlreiche Ökonomen und wissenschaftliche Beiräte bereits vielfach moniert haben: Das Nebeneinander von CO₂-Handel und EEG ist höchst unproduktiv und sollte schleunigst beendet werden. Insofern wird leider jeder Reform, die zurzeit im Hause Gabriel angedacht wird, zu kurz greifen. Solange der Preis der CO₂-Zertifikate, die die Produzenten der energieintensiven Branchen berechnen das Treibhausgas CO₂-auszustößen, nicht auf null gesunken ist, bedeutet eine fokussierte Förderung der erneuerbaren Energien keine Verminderung des gesamteuropäischen Ausstoßes. Das Nebeneinander der Instrumente führt letztlich nur dazu, dass die deutsche Politik den Preis für CO₂-Zertifikate nach unten treibt und somit Andere weniger Anstrengung unternehmen, ihren CO₂-Ausstoß zu verringern. Durch diese Politik werden Solarkraftwerke in Deutschland gebaut und in Griechenland und Portugal verhindert. Wenn Deutschland weniger CO₂-Ausstoß in Europa möchte, sollte es in Europa für die Verknappung der Zertifikate kämpfen und das EEG (unter Wahrung der eingegangenen Verpflichtungen für Altfälle) zu den Akten legen.

Warum ist es so schwer für die Politik auf ein Instrument zu verzichten, das die Stromkunden inzwischen mehr als 19 Mrd. Euro im Jahr kostet ohne nennenswerte Umweltvorteile? Unterstützer des EEG nennen oft die Förderung der Forschung in dem Bereich erneuerbarer Energien und die Arbeitsplatzeffekte, die durch das EEG mit sich gehen. Das Forschungsargument verkennt, dass die direkte Förderung der Forschung in Deutschland sehr viel zielgerichteter und billiger wäre. Zur Erinnerung: das EEG kostet ungefähr das Doppelte der Forschungsförderung des Bundes für alle Wissenschaftsbereiche zusammen. Zudem subventioniert das EEG vornehmlich Forschung und Arbeitsplätze in China, das inzwischen das Gros der Solarpaneele für die deutsche Energiewende liefert. Die Arbeitsplätze, die wegen der höheren deutschen Strompreise in heimischen Industrien verloren gehen, machen die Arbeitsplatzbilanz vollends negativ.

Ein plausibleres Argument für den politischen Erfolg des EEG und das derzeitige Herumdoktern im Detail ist, dass die Politik mit dem EEG Industriepolitik betreiben kann und die Kosten auf zukünftige Parlamente und Generationen überwälzen kann. Unterstützer des EEG konnten sich bislang vordergründig auf die Fahne schreiben, etwas für die Umwelt zu tun und Arbeitsplätze in neuen Industrien zu schaffen. Weil man den Investoren in Windparks und Solaranlagen Garantien für 20 Jahre gab, wurde erst mal nur ein Bruchteil der Kosten für diese scheinbaren Wohltaten sichtbar. Heute bekommt der Stromkunde die Rechnung präsentiert und es ist Zeit, dem Wahnsinn ein geordnetes Ende zu bereiten.

Die Politik hat es nach Jahrzehnten der Verschwendung von Steuergeldern geschafft, die Butterberge und Milchseen zu beseitigen. Sie sollte jetzt die Kraft finden, das EEG zu begraben. Das EEG tut nichts für die Umwelt und bindet nur wertvolle Ressourcen, die für Investitionen in Bildung und Infrastruktur fehlen.